

RatSWD-Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Medizinregistergesetzes

Der vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) für die Verbändeanhörung zugeleitete Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Medizinregistern und zur Verbesserung der Medizinregisterdatennutzung ist ein erster Schritt, um Medizinregisterdaten langfristig und nachhaltig für die wissenschaftliche Forschung zugänglich zu machen. Der RatSWD begrüßt den Referentenentwurf ausdrücklich und betont, dass die bessere Nutzbarkeit qualitativ hochwertiger Registerdaten für die empirische Sozial-, Verhaltens-, Bildungs- und Wirtschaftsforschung von herausgehobener Bedeutung ist.

Positiv zu beurteilen ist, dass mit dem Medizinregistergesetz zumindest im Bereich der medizinischen Register eine größere Transparenz erfolgt. Der RatSWD regt an, dass auch in anderen Bereichen – etwa im Sozial-, Umwelt- und Verkehrssektor – ähnliche Anstrengungen unternommen werden, um die dort vorhandenen Register und Datenbanken ebenfalls für die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung zu stellen.

Das Medizinregistergesetz sollte trotz der Heterogenität der Medizinregister verbindliche und einheitliche Regelungen für den Datenzugang schaffen. Hervorzuheben ist, dass dieser Zugang auch für Forschende nicht-medizinischer Fachrichtungen – etwa aus den Bereichen der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften – von erheblicher Bedeutung ist. Der RatSWD erachtet die dem Grundsatz nach vorgesehene Verknüpfbarkeit der Medizinregister mit anderen Datenquellen als begrüßenswert, sofern sich dies auch auf nicht-medizinische Datenquellen bezieht.

Die Einrichtung eines Zentrums für Medizinregister (ZMR) ist unabdingbar, um Forschenden strukturierte und aktuelle Informationen über verfügbare Registerdaten und Zugangsmöglichkeiten bereitzustellen. Die Schaffung des ZMR wird daher ausdrücklich befürwortet. Aus Gründen der Transparenz muss die in § 17 Abs. 6 Satz 2 des Referentenentwurfes vorgesehene Veröffentlichungspflicht des ZMR über die bei den qualifizierten Medizinregistern gestellten Anträge im Gesetz verankert sein.

Abschließend weist der RatSWD darauf hin, dass eine inhaltliche Abstimmung dieses Gesetzentwurfs mit dem im Koalitionsvertrag angekündigten Forschungsdatengesetz im Ergebnis sehr hilfreich für die Arbeit der Forschenden sein könnte.

Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) berät seit 2004 die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der Forschungsdateninfrastruktur für die empirischen Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften. Im RatSWD arbeiten zehn durch Wahl legitimierte Vertreterinnen und Vertreter der sozial-, verhaltens- und wirtschaftswissenschaftlichen Fachdisziplinen mit zehn Vertreterinnen und Vertretern der wichtigsten Datenproduzenten zusammen.

Der RatSWD ist Teil von KonsortSWD – NFDI4Society – dem Konsortium für die Sozial-, Verhaltens-, Bildungs- und Wirtschaftswissenschaften in der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI). Er versteht sich als institutionalisiertes Forum des Dialoges zwischen Wissenschaft und Datenproduzenten und erarbeitet Empfehlungen und Stellungnahmen. Dabei engagiert er sich für eine Infrastruktur, die der Wissenschaft einen breiten, flexiblen und sicheren Datenzugang ermöglicht. Diese Daten werden von staatlichen, wissenschaftsgetragenen und privatwirtschaftlichen Akteuren bereitgestellt. Derzeit hat der RatSWD 39 Forschungsdatenzentren akkreditiert und fördert deren Kooperation.

Kontakt:

Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)
Geschäftsstelle
Am Friedrichshain 22 (HUSS Medien-Haus)
10407 Berlin
Tel: +49 30 25491-820
Web: <https://www.ratswd.de/>
E-Mail: office@ratswd.de